

Forderungen des Deutschen Bauernbundes e.V. an die Koalitionspartner für die zukünftige Bundesregierung (CDU und SPD) – Arbeitsgruppe „Landwirtschaft und Umwelt“

Der DBB e.V. fordert die Koalitionspartner auf, die Landwirtschaft als systemrelevanten Wirtschaftszweig weiter zu stärken und zu fördern.

Festlegung der grundsätzlichen Rahmenbedingungen für Landwirtschaft:

- Landwirtschaft ist **systemrelevant**
- Wir stehen zu einer nachhaltig wirtschaftenden und auch nachhaltig ausgerichteten, vielfältig strukturierten Landwirtschaft unter marktwirtschaftlichen Bedingungen, bei der die Betriebe als **systemrelevante Grundversorger** ihrer Hauptaufgabe, der Produktion von Nahrungsmitteln, gerecht werden können.
- Dabei sehen wir den **Schutz der heimischen Standards**, auch im internationalen Maßstab und **regionale Wertschöpfungsketten** als eine wesentliche Voraussetzung nachhaltiger Produktion.
- Gewünschte höhere Standards, die auf Basis von reeller Nachfrage, ökonomischer Tragfähigkeit und vertraglicher Vereinbarung aller betroffener Marktpartner zustande kommen, müssen **finanziell begleitet** werden.
Dazu gehören in erster Linie die Sicherung **günstiger Energiepreise** sowie sicherer Erzeugerpreise.
- Die landwirtschaftlichen Betriebe brauchen **Planungssicherheit**, verlässliche Entscheidungen der Politik und klare Entwicklungsperspektiven, das gilt sowohl für die Tierhaltung als auch im Pflanzenbau.

Kernforderungen des Deutschen Bauernbundes e.V.

1) Sicherung günstiger Energie

- Senkung der Energiesteuer für Landwirtschaftsbetriebe - **Rückvergütung der Agrardieselsteuer** - wieder komplett auf das alte Niveau zurückführen

2) Umsetzung der GAP 2028 - Vereinfachung statt Überregulierung

- Erhalt des Zwei-Säulen Modelles
- Honorierung der gesellschaftlichen Leistung der Landwirte durch die Landwirtschaft
- Eine stabile Basisprämie
- Abschaffung der GLÖZ
- keine neuen Öko-Regelungen
- keine deutschen Alleingänge und Verschärfungen bei der Umsetzung von EU-Recht

3) Umwelt- und Naturschutz in Kooperation mit der Landwirtschaft

- Folgenabschätzung der **EU-Wiederherstellungs-VO** in der Umsetzbarkeit
- keine weiteren Flächenverluste in der Landwirtschaft durch Ausweitung der Schutzgebiete

4) Nachfrageorientierte ökologische Landwirtschaft

- Die ökologische Landwirtschaft ist auf Grundlage der Nachfrage zu fördern.

5) Schutz des Eigentums - Vergabekriterien landwirtschaftlicher Flächen

- Sicherung der Flächen für ortsansässige Landwirte
- Schutz vor außerlandwirtschaftlichen Investoren
- Die 2023 aufgestellten **BVVG- Flächenmanagementgrundsätze (FMG)** müssen zurückgenommen werden - keine unterschiedlichen Behandlungen in der Pachtvergabe zwischen ökologisch und konventionell wirtschaftenden Betrieben

6) Bürokratieabbau/ Digitalisierung

- Entbürokratisierung (u.a. auch über Digitalisierung) in Verwaltung (Vereinfachung von Verwaltungsverfahren, u.a. Ermöglichung von digitalen Widersprüchen erfordert die technische Umsetzung und auch eine juristische Anpassung), schlussendlich - Entlastung des Haushalts der Bundesregierung
- Harmonisierung bei den Randstreifen an Gewässern ist notwendig (mit mehr und weniger Neigung sowie ohne Neigung für Dünger, PSM) → Vereinheitlichung der Abstände, darüber hinaus dürfen keine weiteren Auflagen entstehen, aber eine Entschädigung als Ausgleich für diese Restriktion durch Anhebung der Flächenprämie
- Kulissen (Natura2000/LSG/NSG/FFH usw.) sind sehr unterschiedlich – diese müssen harmonisch angepasst werden → Vereinheitlichung über digitale Kartierung
- neue Fördermöglichkeiten bei der Digitalisierung (um Betrieben den Einstieg in

die Digitalisierung zu erleichtern und folgend über effektivere Datenverarbeitung sowie standardisierten Datenaustausch Bürokratie abzubauen)

- Betriebe, die in Digitalisierung, Nachhaltigkeit und moderne Technik investieren, müssen klare Vorteile haben
- Wer zeigt, dass er sauber, effizient und sozial verantwortlich arbeitet, der darf nicht weiter durch Bürokratieabbau ausgebremst werden.
- kostenloses Open-Data-Angebot der Bundesländer aller notwendigen Daten, wie z.B. Luftbilder, Bodendaten, Naturschutzkulissen) für digitale Systeme der Betriebe und der Verwaltung (um in Zukunft „Precision Farming“ einfach anwenden zu können; Stichworte: Bürokratieabbau, Kosteneinsparung, Umweltschutz)

7) Arbeitsmarktpolitik

- keine Mindestloohnerhöhung bei Saisonarbeitskräften
- Arbeitszeitgesetz: Lockerungen in den Hauptarbeitszeiten (d.h. in den Arbeitsspitzen der Landwirtschaft, vor allem in der Erntezeit)

8) Nachwuchsförderung

- Unterstützung bei der **Ausbildung unseres Nachwuchses** sowie **Fördermöglichkeiten für junge Landwirte**, steuerliche Anreize, aktive Unterstützung und Steuererleichterungen bei der Hofübergabe

9) Novellierung des Düngegesetzes

- **realitätsnahe Lösungen statt einheitlicher Vorgaben)**
- Verursacherprinzip und/ oder...
- Messstellennetzausbau - besseres Monitoring mit differenzierterer und schnellerer Anpassung der „Vorschriften“
- Wegfall der Stoffstrombilanz und nicht nur eine Umbenennung in Nährstoffbilanz

10) Aktives Wolfsmanagement - Schutz der Weidetierhaltung

Quedlinburg, den 13.03.2025



Martin Dippe
Vizepräsident



Annekatriin Valverde
Geschäftsführerin